

# **PARLAMENTARISCHER KOOPERATIONSAUSSCHUSS EU-MOLDAWIEN**

**SECHSTE SITZUNG**

**11. Juni 2003**

**CHISINAU**

**Schlussbemerkung und Empfehlungen**

---

**23. Juni 2003**  
**EUR/TB/ES**

# PARLAMENTARISCHER KOOPERATIONSAUSSCHUSS EU-MOLDAWIEN

## SECHSTE SITZUNG

11. Juni 2003  
CHISINAU

*Gemeinsamer Vorsitz: Herr Jan Marinus WIERSMA und Herr Victor STEPANIUC*

### **Schlussbemerkung und Empfehlungen** gemäß Artikel 89 des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens

Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Herrn Jan Marinus WIERSMA (PES, Niederlande) und Herrn Victor STEPANIUC (Kommunistische Partei der Republik Moldau) fand am 11. Juni 2003 in Chisinau die sechste Sitzung des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldawien statt. Der Ausschuss traf sich zu einem Meinungsaustausch mit Herrn Vasile TARLEV, Premierminister der Republik Moldau als Vertreter der Regierung der Republik Moldau, S. E. Herrn Panagiotis GOUMAS, griechischer Botschafter für die Ukraine und Moldawien als Vertreter des amtierenden griechischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union, und Herrn Steffen SKOVMAND, Geschäftsträger der Delegationsleitung für Moldawien in Kyiv als Vertreter der Europäischen Kommission.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss verständigte sich über die folgenden Punkte:

#### **Zu den Beziehungen zwischen der EU und Moldawien**

1. Der Ausschuss hebt hervor, dass die EU eine Wertegemeinschaft darstellt, in der wie in den Kopenhagener Kriterien umrissen die Menschenrechte und die Demokratie respektiert werden; er wiederholt seine Auffassung, dass die Beziehungen zwischen der EU und Moldawien auf der Anerkennung und Umsetzung dieser Werte beruhen.
2. Er begrüßt die Bestrebungen der Regierung und der Menschen in der Republik Moldau zu einer Vertiefung der Beziehungen mit der EU und alle diesbezüglichen Anstrengungen.
3. Er dringt darauf, dass die Republik Moldau und die europäischen Institutionen untersuchen, wie innerhalb eines realistischen politischen Rahmens, der auch die neuen politischen Rahmenbedingungen eines größeren Europas umfasst, wie es von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird, weiterführende Beziehungen gestärkt werden können.
4. Der Ausschuss berücksichtigt, dass die Kommission einen individuellen Aktionsplan für die Republik Moldau ausarbeitet, und betont, dass der Erfolg dieses Planes von der aktiven Umsetzung der dazu notwendigen Verpflichtungen durch die moldawischen Behörden abhängig ist, und betont weiter, dass der Plan die Bestrebungen Moldawiens zu einer Integration in die EU in Betracht zieht.
5. Er hält fest, dass der gegenwärtige Erweiterungsprozess für die Menschen in der Republik Moldau im Hinblick auf Frieden und Sicherheit sowie in Bezug auf den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand Vorteile bringen sollte; er nimmt den Wunsch der Republik

Moldau zur Kenntnis, auf die gleiche Weise wie andere südosteuropäische Staaten behandelt werden zu wollen und wiederholt die Schlussfolgerungen der fünften Sitzung des Parlamentarischen Kooperationsausschusses zu diesem Thema.

6. Er wiederholt, dass er alle von der Regierung der Republik Moldau unternommenen Anstrengungen zur Angleichung der Rechtsvorschriften an die der EU und an europäische Standards unterstützt; er unterstreicht die Bereitschaft der EU zur Fortsetzung der Kooperation und Unterstützung bei der Annäherung der Rechtssysteme; er begrüßt die Aussicht eines Zugangs zum gemeinsamen Markt und bestärkt die Republik Moldau darin, alle notwendigen Schritte zum Erreichen dieses Zieles zu unternehmen.
7. Er erkennt die in der Mitteilung der Europäischen Kommission enthaltene Bestimmung an, die den Weg dafür freimacht, beim Handel mit Produkten aus Moldawien diesen bevorzugt Zugang zum gemeinsamen Markt zu gewähren unter der Voraussetzung, dass diese Produkte die dafür erforderlichen Qualitätskriterien erfüllen.
8. Der Ausschuss begrüßt die Entschliebung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003, in der die Institutionen der EU dazu aufgefordert werden, die Durchführbarkeit einer Einbeziehung der Republik Moldau in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zu beurteilen und gegebenenfalls die dafür zu erfüllenden Bedingungen zu klären.
9. Er betont, dass die Republik Moldau ein unabhängiges Land mit dem Recht auf ihren eigenen politischen Weg ist, das starkes Interesse an der Entwicklung regionaler Zusammenarbeit besitzt und sich zu einer Annäherung an die EU entschieden hat.
10. Er begrüßt die Unterzeichnung einer Vereinbarung zum regionalen Elektrizitätsmarkt und dessen Einbeziehung in den EU-Binnenmarkt durch die Republik Moldau im November 2002 in Athen und ersucht die Behörden Moldawiens, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die erfolgreiche Umsetzung dieses wichtigen regionalen Projektes sicherzustellen; er unterstützt den Wunsch der Republik Moldau, in das von der Europäischen Kommission ausgearbeitete ähnliche Projekt für Erdgas einbezogen zu werden.

### **Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Republik Moldau**

11. Der Ausschuss bringt seine tiefe Besorgnis über den in den letzten Monaten zu verzeichnenden Anstieg der Staatsschulden zum Ausdruck und wiederholt seine Forderung an die Regierung der Republik Moldau, die Wirtschaftsreformen zu beschleunigen und enger mit internationalen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten, um sich an die von der Weltwirtschaft gestellten Anforderungen anzupassen.
12. Er begrüßt die auf wirtschaftlichem Gebiet erzielten Fortschritte wie das Wachstum um 7,2 % im Jahre 2002 und die Verringerung der Inflation, betont aber dennoch, dass diese Verbesserungen allen Gruppen in der Gesellschaft, auch den alten Menschen und den Kindern, zugute kommen müssen. Er begrüßt daher die im Speranza-Zentrum auf dem Gebiet der nicht institutionalisierten Tagesbetreuung geleistete Pionierarbeit und dringt darauf, die gefährdete Kinder betreffenden Gesetzesentwürfe rasch zu verabschieden und umzusetzen.
13. Er bekräftigt seine Auffassung, dass weitere strukturelle, administrative und rechtliche Reformen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes notwendig sind; er unterstreicht die Bedeutung der Herstellung eines transparenten und sicheren Geschäftsklimas, das zu

einem Zufluss ausländischer Direktinvestitionen in die Republik Moldau führt und bei der Korruption nicht geduldet wird; er betont die Notwendigkeit der Durchführung signifikanter Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung als Voraussetzung zum Erhalt weiterer Hilfen seitens der EU.

14. Er unterstützt die Aufschiebung der Rückzahlungen an die Europäische Investitionsbank (EIB) seitens der Republik Moldau zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Investitionen in Infrastrukturprojekte in Koordination mit Programmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Weltbank.

### **Zu den Menschenrechten und der freien Meinungsäußerung in der Republik Moldau**

15. Der Ausschuss betont seinen Standpunkt, dass die Anerkennung der Grundprinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit die Grundlage für die Beziehungen zwischen der EU und Moldawien darstellen und wesentlicher Bestandteil des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ist sowie den Verpflichtungen zugrunde liegt, die die Republik Moldau als Mitgliedsstaat des Europarates eingegangen ist.
16. Er stellt erneut fest, dass den Oppositionsparteien und den Interessen von Minderheiten uneingeschränkte Möglichkeiten gegeben werden müssen, aktiv am politischen Kurs des Landes mitzubestimmen; er unterstützt einen fortgesetzten Dialog zwischen Regierung und Opposition als Mittel zur Förderung der politischen Stabilität und diesbezüglich auch die Gespräche am runden Tisch und die Entwicklung weniger polarisierter politischer Verhältnisse.
17. Er unterstützt die Fortsetzung der Bemühungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Förderung einer Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte, der Religionsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung in der Republik Moldau und begrüßt in dieser Hinsicht die positiven Schritte, die bis jetzt von der Regierung Moldawiens unternommen worden sind. Er dringt auf die volle Umsetzung der Resolutionen des Rates vom 24. April 2002 und vom 26. September 2002.
18. Er nimmt die Schlussfolgerungen der OSZE/BDIMR zu den Kommunalwahlen am 25. Mai 2003 in der Republik Moldau zur Kenntnis, bekräftigt diese und fordert die Regierung von Moldawien dringend auf, Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen zu unternehmen.

### **Zur Situation in Transnistrien**

19. Der Ausschuss unterstreicht seine Position, dass die Lösung des Transnistrienproblems eines der Schlüsselemente bei der Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands und der politischen Stabilität in der gesamten Republik Moldau darstellt; er betont erneut, dass es dringend erforderlich ist, Schritte zur friedlichen Lösung des Konfliktes zu unternehmen, die mit den OSZE-Erklärungen in Einklang stehen und die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik Moldau vollständig anerkennen.
20. Er unterstützt die Versuche, im Rahmen des Gemeinsamen Verfassungsausschusses eine neue Verfassung für die Republik Moldau zu entwerfen und unterstreicht die Wichtigkeit von transparenten und offenen Debatten zu diesem Thema.
21. Er begrüßt den neuen, aktiven Ansatz der EU auf der Suche nach einer Beilegung des Streites über Transnistrien und begrüßt dabei insbesondere die Ernennung eines

Beobachters für den Gemeinsamen Verfassungsausschuss durch die EU. Er sieht mit Freude, dass die Institutionen der EU - das Europäische Parlament inbegriffen - eine aktivere Rolle bei der Suche nach einer verfassungsmäßigen Lösung des Konfliktes spielen; er begrüßt die stärkere Einbindung der EU in die Lösung von Grenzproblemen und sieht ebenfalls mit Freude das zunehmende Engagement der EU für die Umsetzung eines Abkommens, das auch die Möglichkeit der Entsendung von Friedenstruppen umfasst.

22. Er bedauert, dass es nicht gelungen ist, die auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen zu einem Abzug von Truppen und zu einer Beseitigung von Waffen aus Transnistrien bis zum vereinbarten Datum des 31. Dezember 2002 vollständig zu erfüllen, und fordert, die neue Frist vom 31. Dezember 2003 einzuhalten.

### **Zu Grenzfragen**

23. Der Ausschuss wiederholt mit Nachdruck, dass er es als wichtig erachtet, eine gemeinsame Sicherung der Grenze vorzunehmen, die auf einem gemeinsamen Verständnis für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen, die Bekämpfung von Terrorismus und Korruption sowie auf gemeinsamen Regeln für die Einwanderung, den Schutz von Asylsuchenden und die Wiederaufnahme beruht.
24. Er unterstützt die jüngsten Schritte der Europäischen Kommission zur Förderung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit und begrüßt insbesondere die mögliche Einführung mobiler Überwachungseinheiten sowie das Zollabkommen zwischen Moldawien und der Ukraine sowie die gegenseitige Anerkennung des neuen moldawischen Zollsiegels. Er nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass die Republik Moldau eine größere Einbindung der EU bei Fragen der Grenzsicherheit wünscht.
25. Er unterstützt die Aktivitäten zur neuen Euroregion „Oberer Pruth“, die aus fünf Regionen in Moldawien, der Ukraine und Rumänien besteht, und dabei insbesondere die Durchführung von Projekten im Bereich des Umweltschutzes; er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Regierung Moldawiens die vereinbarten Projekte auch finanziell unterstützt.

### **Zur Delegation der Europäischen Kommission**

26. Der Ausschuss dringt darauf, eine ständige Delegation der Europäischen Kommission in Chisinau einzurichten und dies mit dem entsprechenden Nachdruck zu verfolgen; er betont, dass eine vollständige Delegation den politischen Einfluss der EU auf das Land beträchtlich verstärken und ihre Aktivitäten bündeln würde; er hält es nicht für möglich, die gegenwärtige Lage hinsichtlich der wichtigen und drängenden Anforderungen an die EU dauerhaft aufrechtzuerhalten und wiederholt seine Forderung an die Mitgliedsstaaten der EU, ihre diplomatische Präsenz in der Republik Moldau zu verstärken.

*Einstimmig angenommen.*